

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

Amtliches Publikationsorgan

1.00 Fr.

## AKTUELL

### Thomas Büchel an Aussprache mit Ruth Dreifuss

(paf) Auf Einladung der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltschutzdirektoren-Konferenz BPUK wird Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel als Ressortchef «Umwelt, Land- und Waldwirtschaft» heute an einer Aussprache mit Bundesrätin Ruth Dreifuss in Gerzensee/BE teilnehmen. Bei dieser Aussprache geht es um zukünftige Umweltstrategien. Themen sind insbesondere die Umweltverträglichkeitsprüfung, neue Entwicklungen im Bereich Abfall, Information über die Revision des schweizerischen Gewässerschutzgesetzes und die nationale Luftkampagne Bund-Kantone sowie Landwirtschaft und Umwelt.

### Beitritt zu Strassenverkehrsabkommen mit Norwegen

(paf) Das Abkommen im Bereich Strassenverkehr der Schweiz mit Norwegen soll auf Liechtenstein ausgedehnt werden. Dies hat die Regierung in ihrer Sitzung vom 16. Januar 1996 beschlossen.

Liechtenstein hat im Rahmen des EWR in Norwegen mit Anwendung der Lizenz im Güterverkehr Transportrechte. Das Abkommen der Schweiz mit Norwegen im Bereich Strassenverkehr ist jedoch umfassender als die Bestimmungen des EWR-Abkommens. Das Abkommen bietet den liechtensteinischen Transportunternehmern Schutz gegen allfällige Probleme bei Transporten für Schweizer Kunden.

### Dollar nahm Hürde von 1,18 Franken

Der Dollar hat am Mittwoch an den internationalen Devisenmärkten erstmals nach rund vier Monaten die Hürde von 1,18 Franken genommen. Der Franken gab an breiter Front etwas nach. Der Unzenpreis für Gold erreichte beinahe die Marke von 400 Dollar. Der Dollar zog in Zürich am Morgen stark an und verzeichnete bereits im Frühgeschäft den Tageshöchststand von 1,1853 Franken. Am Abend lag der Kurs bei 1,1821 (Vorabend: 1,1750) Franken, dem höchsten Stand seit dem 20. September 1995.

### Zahl der Konkurse stabil

Die Gesamtzahl der Konkurse in der Schweiz ist 1995 stabil geblieben. Es wurden 9761 Konkursöffnungen gemeldet, wie der Verband Creditreform am Mittwoch mitteilte. Es gab weniger Firmenkongresse, aber mehr Firmengründungen.



Die Zukunft planen, ohne sie zu verbauen

**THONY**  
office  
FL-9494 Schaan  
Bahnhofstrasse 16  
Tel. 075/237 41 41

## Mit 6,5 Millionen zur Verbesserung des Liechtenstein-Bildes?

Regierung befasst sich mit der Teilnahme unseres Landes an der Expo 2000 in Hannover – Einbezug von Wirtschaft und Gemeinden in Finanzierung

(G.M.) – Die bisherigen Weltausstellungen hat das Fürstentum Liechtenstein aus finanziellen Erwägungen ausgelassen, doch zur Jahrhundert- und Jahrtausendwende soll mit der grossen Kelle angerichtet werden. Die Regierung befasst sich mit der Teilnahme unseres Landes an der Expo 2000 in Hannover – mit derzeit geschätzten Kosten von 6,5 Mio. Fr.

Eine Weltausstellung bietet zweifellos die Möglichkeit, ein Land vor der Weltöffentlichkeit zu präsentieren und die besten Seiten zu unterstreichen. Lange Zeit besass das Fürstentum Liechtenstein, wie auch die Regierung in ihrem kürzlich in Kraft gesetzten Leitbild unterstreicht, das «Image eines Operetten- und Briefmarkenstaates». Mit dem Beitritt zum Europarat, zur UNO und zum EWR habe sich das «heutige Bild vom früheren Image gelöst», meint die Regierung und macht gleichzeitig auf eine andere Gefahr aufmerksam.

### Hohe Kosten

«Nach wie vor besteht die Gefahr», lautet die Befürchtung, «dass von Liechtenstein überhaupt nicht Kenntnis genommen wird, also gar kein Image besteht, oder dass das Land wegen der viel-

fältigen Aktivitäten im Finanzdienstleistungssektor und verschiedener Missbräuche in diesem Bereich nur mit Negativmeldungen Schlagzeilen macht». Die Weltausstellung «Expo 2000» in Hannover kommt der Regierung gelegen, um diese Befürchtung zerstreuen zu können.

Der Preis für dieses Unternehmen, dem im Inland keine adäquaten Bemühungen zur Bewusstseinsbildung für eine positive Image-Bildung gegenüberstehen, beläuft sich nach Angaben von Regierungschef Dr. Mario Frick auf «mindestens 5 Millionen» – während eine erste Kostenschätzung einer Arbeitsgruppe von konkret 6,5 Mio. Fr. ausgeht.

### Partnerschaft mit Gemeinden und Wirtschaft?

Die Regierung stellt sich die Finanzierung in Zusammenarbeit mit den Gemeinden sowie der Wirtschaft vor, um den Staatshaushalt mit der Teilnahme an einer Weltausstellung nicht zu stark belasten zu müssen. Zweifellos erscheint eine Zusammenarbeit im Rahmen eines solchen Projekts sinnvoll, doch in jüngster Zeit werden die Gemeinden überall zur

Kasse gebeten, so dass sich im Zusammenhang mit der Expo 2000 die Frage stellt, ob die Mitfinanzierung der kommunalen Verwaltungen bei einer Länderdarstellung überhaupt Sinn macht.

Anders die Teilnahme der Wirtschaft, die nach allgemeiner Auffassung – dank der günstigen Rahmenbedingungen für ihr Wirken in Liechtenstein – einen Beitrag leisten könnte. Doch auch hier stellen sich Probleme: Soll der «Industriestaat Liechtenstein» vorgestellt werden, der in Wirklichkeit gar nicht in diesem Ausmass besteht? Kann der «Finanzplatz Liechtenstein» so präsentiert werden, dass die Unterschiede zu den anderen Anbietern deutlich werden?

### Wirklichkeitsnahe Darstellung?

Diese Fragen lassen erkennen, worin die eigentliche Problematik besteht. Denn, wären die bisherigen Liechtenstein-Präsentationen – z.B. an Olma St. Gallen oder Comptoir Suisse in Lausanne – noch so sympathisch, viele Besucherinnen und Besucher aus unserem Land erkannten darin wohl eine wirkungsvolle Werbung, aber keine echte Selbstdarstellung. Das geltende Leitbild der Regierung hält aber unmissverständlich

lich dazu fest: «Das Liechtenstein-Bild im Ausland soll auf einer wirklichkeitsnahen und glaubwürdigen Darstellung basieren».

### Andere Darstellungsmöglichkeiten?

Die Regierungsmehrheit scheint sich mit dem Gedanken einer Expo-Teilnahme im Jahre 2000, so der Eindruck am ersten Pressegespräch dieses Jahres mit der Regierung, schon sehr weitgehend angefreundet zu haben. Ungeachtet aller sonstigen Sparappelle und bisheriger Zurückhaltung bei der Teilnahme an solchen Projekten scheinen die konzeptionellen Vorarbeiten auch weit gediehen zu sein.

Diese Vorgehensweise steht in gewissem Kontrast zu anderen Projekten, die der positiven Image-Bildung wohl ebenso förderlich wären wie die Expo 2000. Beispielsweise die Teilnahme der Fussball-Nationalmannschaft an der Europameisterschaftsausscheidung: Doch wo blieb hier der rasche und richtungweisende Entscheid für den Bau der erforderlichen Infrastruktur? Oder beispielsweise die Durchführung der Kleinstaatenspiele: Warum sind hier die Wegmarken für den notwendigen Sportstätten-

## Spoerry-Fabrik in Triesen: Ein Kompromiss zeichnet sich ab

Gemeinderat Triesen stimmt Kompromiss bei der Unterschutzstellung zu – Nur westlicher Haupttrakt vorerst unter Denkmalschutz

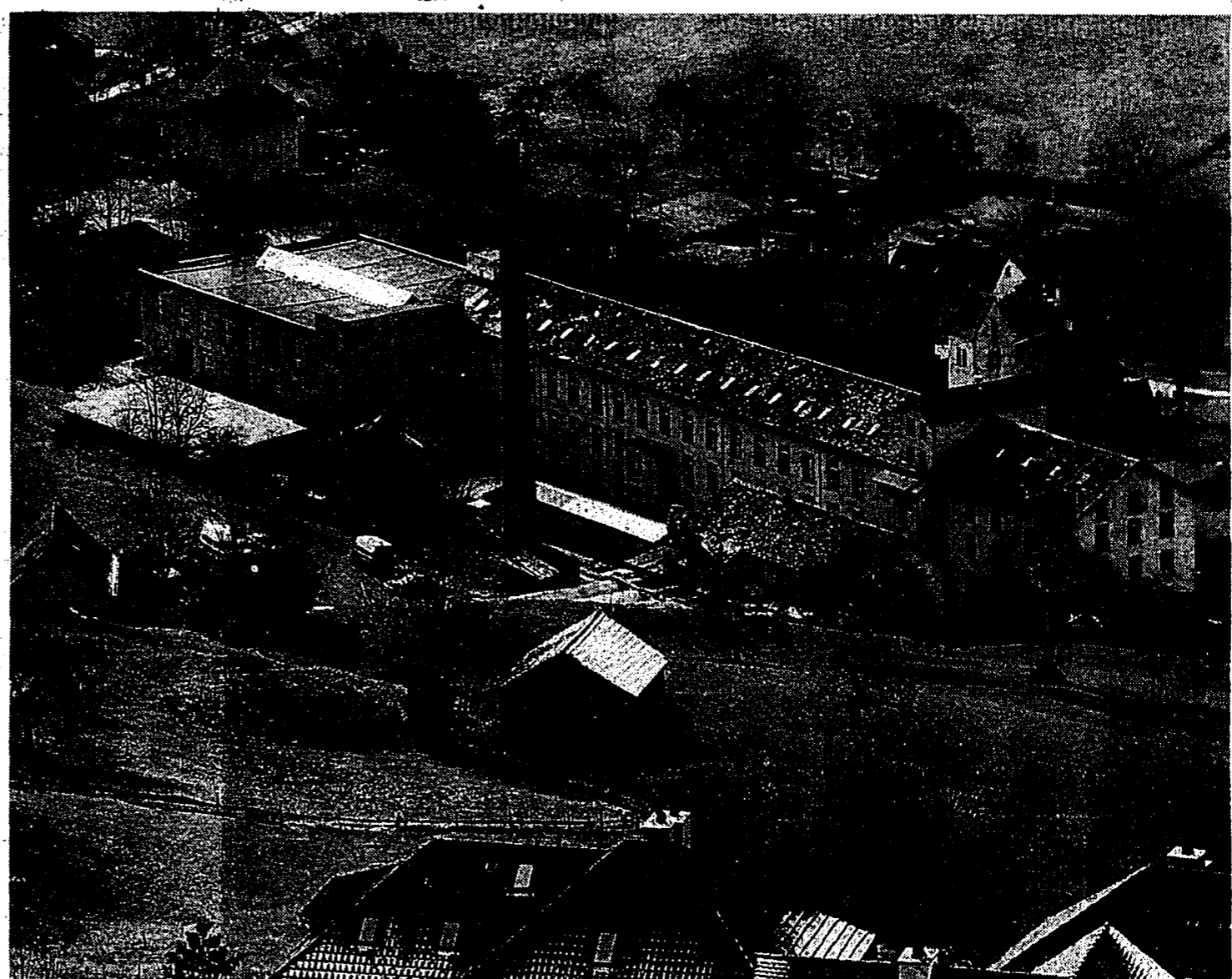
(wan) – Nach langen Verhandlungen scheint sich in Sachen Unterschutzstellung der alten Spoerry-Fabrik in Triesen nun eine Lösung abzuzeichnen. Der Gemeinderat Triesen stimmte in seiner Sitzung vom Dienstag einem Kompromiss zu, wonach vorerst nur der Haupttrakt der alten Fabrik unter Denkmalschutz gestellt werden soll. Der Ball liegt nun wieder bei der Regierung, welche den Vorschlag noch absegnen hat.

Der sich nun abzeichnenden Lösung ging ein fast anderthalbjähriges Hin und Her bezüglich Umfang und Inhalt der Unterschutzstellung voraus. Ursprünglich auf Anregung der Denkmalschutzkommission stellte die Gemeinde im Juni 1994 den Antrag auf Unterschutzstellung der alten Fabrik. Die Regierung stellte in der Folge das Areal im Herbst 1994 formell unter Schutz, ging jedoch dabei wesentlich weiter als es sich der Gemeinderat vorgestellt hatte.

Die Regierung verfügte eine «Unterschutzstellung in der äusseren Erscheinung und in der inneren Gebäudestruktur». Demnach sollten auch die östlich des Hauptgebäudetraktes liegenden Nebengebäude unter Schutz gestellt werden, ebenfalls wurden von der Regierung zur Festlegung eines Nutzungskonzeptes sowie zur Durchführung von Renovationsarbeiten vor Inangriffnahme der Arbeiten Konzept- und Projektpläne verlangt.

### «Wesentliche Verfahrensmängel»

Dies stellte für den Triesener Gemeinderat einen unzumutbaren Eingriff in die Gemeindeautonomie dar. Er erhob in der Folge bei der Regierung Vorstellung mit der Begründung, die Unterschutzstellung der östlichen Nebengebäude, so vor allem des achteckigen Holzschopfs, in welchem sich das Gasometer befindet, würde die Chancen für künftige lohnenswerte Projekte auf dem Areal im Zentrum der Gemeinde verunmöglichen. Somit würde künftigen Generationen die Möglichkeit zur Verwirklichung ihrer eigenen Ideen genommen. Überdies sehe der Gemeinderat in den Vorschriften bezüglich eines Nutzungskonzeptes sowie bei eventuellen Renovationsarbeiten ein unzumutbares Diktat der Regierung. Nach weiterem Briefverkehr sowie mündlichen Verhandlungen und einer abermaligen schriftlichen Ergänzung der Regierung zu ihrem bereits gefassten Entscheid leitete diese die Vorstellung



Bei der Unterschutzstellung der alten Spoerry-Fabrik in Triesen zeichnet sich nun eine Kompromisslösung ab. (Archivbild)

als Beschwerde an die Verwaltungs- und Beschwerdeinstanz weiter und hob ihren Entscheid auf. Die VBI gab schliesslich am 4. Oktober 1995 der Beschwerde wegen «wesentlicher Mängel im Verfahren» (die Schreiben waren in Briefform erstellt und enthielten keine Rechtsmittelbelehrung) statt und gab die Sache wieder an die Regierung zur neuerlichen Entscheidung zurück.

### Kompromiss

Wie uns Vorsteher Xaver Hoch auf Anfrage erklärte, habe die Denkmalschutzkommission schliesslich die Gemeinde Triesen zur Ausarbeitung eines Alternativvorschlags aufgefordert, der in der Folge unterbreitet und von der Denk-

malschutzkommission am 18. Dezember schliesslich auch genehmigt wurde. Nachdem der Triesener Gemeinderat nun in seiner Sitzung vom Dienstag ebenfalls wiederum zugestimmt hat, sieht Vorsteher Xaver Hoch nun gute Chancen, dass die Regierung dieser einvernehmlichen Lösung den Segen erteilen wird. Im nun vorliegenden Entwurf ist vorgesehen, den Hauptgebäudetrakt (westlicher Trakt) formell unter Schutz zu stellen, wobei sowohl die äussere Erscheinung als auch die innere Gebäudestruktur betroffen sind. Für die östlichen Nebengebäude wird vorerst die generelle Feststellung der Erhaltenswürdigkeit im Sinne von Art. 7 des Denkmalschutzgesetzes ins Auge gefasst. Artikel 7 heisst: «Erhal-

tenwürdige Denkmäler werden, soweit sie nicht unter Schutz gestellt werden, durch Verfügung der Regierung in ein Inventar aufgenommen.»

Für die Gemeinde Triesen stellt diese Lösung nach den Worten von Vorsteher Xaver Hoch einen gangbaren Weg dar. Die Gemeinde habe sich so die Möglichkeit zur künftigen Nutzung der Restfläche, auf welcher sich die östlichen Nebengebäude befinden, gesichert. Konkrete Pläne für eventuelle Bauten gebe es derzeit noch keine; der Gemeinderat habe aber durch die Genehmigung eines Nutzungskonzeptes im September vergangenen Jahres bereits eine Grundlage für künftige weitere Nutzungsmöglichkeiten geschaffen.